



Umschuldung

Gründung eines Umschuldungsverbands

In der ersten Sitzung des Generalrats der Wirtschaft in Berlin am Mittwoch wies Reichswirtschaftsminister Dr. Schmitt in seinen Ausführungen über die Gemeindefinanzschuldnung darauf hin, daß die kurzfristige Verschuldung der Gemeinden von über 2 Milliarden Mark nicht nur für die Finanzgebarung der öffentlichen Körperschaften ernste Gefahren in sich schließt, sondern auch der Besserung am Geld- und Kapitalmarkt im Wege stehen. Es ist zu begrüßen, daß die Gemeindefinanzschuldnung jetzt angefaßt wird, und zwar in einer Weise, die auch Rücksicht auf den Gläubiger und Sparrer nimmt und damit eine neue Vertrauenskrise vermeidet. Eine lange Reihe von Städten ist mit den Tilgungs- und Zinszahlungen usw. im Rückstand geblieben, Städte, die ihren Verpflichtungen nachgekommen sind, werden von dem bevorstehenden Umschuldungsgezet nicht getroffen.

In den neu zu gründenden Umschuldungsverband einzutreten, sollen nur diejenigen Gemeinden eine Genehmigung der obersten Landesbehörden erhalten, die ohne eine Umschuldung ihren Schuldendienst nicht erfüllen können. Die Prüfung der Finanzen der Gemeinde, die sich für den Umschuldungsverband meldet, hat nach den Ausführungen des Reichsministers so zu erfolgen, daß sie des vollsten Vertrauens der Gläubiger sicher sein können. Die Umschuldung soll auch nur die kurzfristigen Schulden umfassen, die bis 31. März 1935 fällig werden, wobei aber Sicherheiten- und Aufwertungsforderungen ausgenommen sind.

Der vorgesehene Umtausch in die vierprozentige und mit starkem Prozentsatz zu tilgende Umschuldungsanleihe unterliegt nur einem gewissen Zwang; der Gläubiger wird es sich zu überlegen haben, ob er es vorzieht, für fünf Jahre auf die Zinsen überhaupt zu verzichten, oder ob er nicht lieber die vierprozentige Anleihe in Tausch nehmen soll, deren Schuldendienst sichergestellt wird, indem der Reichsfinanzminister die rückständigen Beträge dem Umschuldungsverband überweist und sie dann von den Steuerüberweisungen an die Länder abzieht. In der Sache kommt das zwar einer Reichsbürgschaft gleich, aber die gemahlte Form bedeutet doch einen starken Druck auf die Gemeinden, ihre Finanzen in Ordnung zu halten, widrigenfalls sie erheblicher Steuerzugänge verlustig gehen.

Die Durchführungsverordnungen des neuen Gesetzes werden noch auszuarbeiten haben, ob als Schuldner der Umschuldungsanleihe der Umschuldungsverband oder die betreffende Schuldnergemeinde gilt; ob die Anleihe an der Börse eingeführt werden soll und ob und zu welchem Prozentsatz sie bei der Reichsbank lombardierbar ist.

Die Entlastung der Gemeinden

Für die Gemeinden bedeutet natürlich die vorgeschlagene Regelung eine sehr starke Entlastung. Der finanzielle Druck, unter dem die meisten bisher zu leiden hatten, wird erheblich gelindert und sie können ihre Finanzen mit größerer Ruhe befestigen. Voraussetzung ist allerdings, daß der Hauptkern des Übels, dem die Gemeinden hauptsächlich ihre finanziellen Schwierigkeiten zu verdanken haben, wenn nicht beseitigt, so doch erheblich gemildert wurde. Das sind die ungeheuren Wohlfahrtskosten. Es ist denn auch in Aussicht gestellt, daß die Gemeinden weitgehend davon entlastet werden sollen. Es ist ja auch zu bedenken, daß die anderweitigen Maßnahmen der Regierung den Arbeitsmarkt noch weiter stark entlasten werden. Allein die Regelung, daß in Zukunft die Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung die Gesamtkosten der Krisenfürsorge übernimmt, wird die Lage der kommunalen Haushalte erheblich erleichtern. Von gut unterrichteter Seite wird darauf hingewiesen, daß in den letzten Monaten die Gemeinden durchschnittlich 14-15 Millionen Mark monatlich als ihren Beitrag zur Krisenfürsorge aufbringen mußten, den vom 1. Oktober an die Reichsanstalt übernehmen soll. Damit dürfte aber auf jeden Fall der bei den Gemeinden für das Jahr 1933 geschätzte Fehlbetrag aus der Durchführung der Arbeitslosenhilfe von rund 170 Millionen Mark um einen großen Teil verringert sein.

Die Reichsanstalt wird nach der Neuordnung die gesamte Krisenfürsorge übernehmen, für die sie, nach dem Durchschnitt der letzten Monate berechnet, etwa 80-90 Millionen Mark monatlich ausgeben muß. Zur Finanzierung dient zunächst die Abgabe zur Arbeitslosenhilfe, die in den letzten Monaten durchschnittlich 4 Millionen Mark erbrachte. Der Rest wird aus den Ueberflüssen der Reichsanstalt selber gedeckt werden, die zuletzt zwischen 30 und 35 Millionen Mark im Monat schwankten.

Auflockerung des Kapitalmarkts

Nach der Mitteilung des Reichsbankpräsidenten Dr. Schöckl können die Gläubiger die neue Umschuldungsanleihe mit dem Nennwert bilanzieren, man wird also den Gläubigern, Banken, Versicherungsanstalten usw. die Möglichkeit geben, im Lauf von Jahren die Anleihe auf ihren Wert abzuschreiben, wenn der Markt sich nicht bessern sollte. Es wurde betont, daß es sich bei der vorgesehene Umschuldung keineswegs um einen zwangsweisen Eingriff in den Zinsfuß handle. Die Regierung lehne es ab, zwangsweise Zinsüberabsetzungen vorzunehmen; die Zinsentwicklung müsse organisch vor sich gehen.

Die Umschuldungsmaßnahmen sind natürlich nur ein Anfang; es bleibt die starke Zinsbelastung durch die langfristigen Schulden

Tagespiegel

Der Reichsarbeitsminister ist ermächtigt, im Einvernehmen mit dem Reichsminister der Finanzen im laufenden Rechnungsjahr für die Förderung des Kleinwohnungsbaues Bürgerhaften bis zum Gesamtbetrag von 100 Millionen RM. zu übernehmen. Anträge werden schon jetzt entgegengenommen und behandelt.

Staatssekretär von Rohr wurde unter Gewährung des gesetzlichen Wartegelds in den einstweiligen Ruhestand versetzt.

Amflicherseits wird dazu aufgefordert, am Deutschen Erntedankfest Wagen und Schaufenster mit künstlichen Blumen zu schmücken, wodurch nicht nur die Bedeutung des Tages unterstrichen, sondern auch einer außergewöhnlich noleidenden Grenzlandindustrie Arbeit und Hilfe gebracht wird.

Reichsaussenminister Freiherr von Neurath hat am Freitag nachmittag den Präsidenten der Abrüstungskonferenz Henderson aufgesucht. Zerner hatte er eine Unterredung mit dem italienischen Delegationsführer Baron Aloisi.

Durch die Neuregelung der Erwerbslosenklassen wird Berlin monatlich 15-20 Millionen RM. sparen. Das neue Reichsgesetz über die Umschuldung der Gemeinden geht die Stadt in die Lage, rund 300 Millionen RM. kurzfristige Schulden zu konsolidieren.

Der in Schaffhausen in Haft befindliche tschechoslowakische Kommunist Weber, der die Ursache eines Grenzzwischenfalls in der Nacht zum 27. August war, wurde aus der Schweiz ausgewiesen.

Die 67. Tagung des Völkerbundrats hat am Freitag unter Vorsitz des norwegischen Außenministers Mowinkel begonnen. Der bisherige Völkerbundskommissar in Danzig, Rossing, der an dem neuen Danzig-polnischen Abkommen mitgewirkt hat, wurde zum Direktor der Minderheitenabteilung des Völkerbundsekretariats ernannt.

bestehen. Diese soll nun durch Maßnahmen der Reichsbank auf dem Gebiet des Kapitalmarkts behoben werden, um den bei uns fehlenden Ausgleich zwischen Geld- und Kapitalmarkt herzustellen. Dies geschieht, indem die Reichsbank unter Verwendung des bestehenden Bankgesetzes die Reichsbank fähig auf dem Anleihemarkt eingreifen kann, das schwimmende Anleihematerial aufnimmt und dadurch das Vertrauen stärkt, die Nachfrage hebt und die noch hochverzinslichen langfristigen Anleihen allmählich konversionsreif macht. (Nach dem Bankgesetz darf die Reichsbank für eigene Rechnung nur solche Schuldverschreibungen des Reichs, eines Landes oder inländischer kommunalen Körperschaften kaufen, die spätestens nach einem Jahr fällig sind.)

Welche Wertpapiere für einen zunehmenden Ankauf durch die Reichsbank in Frage kommen, wird man abwarten müssen. Selbstverständlich werden Mittel der Reichsbank nur in dem Maß eingesetzt, wie es zur Erreichung des Zwecks notwendig ist und wie die währungsrechtlichen Gesichtspunkte es erlauben, denn oberster Gesichtspunkt ist, daß die Währung nicht gefährdet wird.

Hilfe für die Hausbesitzer

Eine halbe Milliarde für Hausausbesserungen

Ein sehr wichtiger Programmpunkt in dem Wirtschaftsplan der Reichsregierung bildet die angekündigte Ermächtigung an den Reichsfinanzminister, 500 Millionen RM. zur Förderung von Instandsetzungs- und Ergänzungsarbeiten an Gebäuden, für Umbau und Teilung von Wohnungen usw. zur Verfügung zu stellen. Es hat sich erwiesen, daß die bisher zur Verfügung gestellten Reichsmittel bei weitem nicht für diesen Zweck ausreichend waren. Durch das Gesetz vom 1. Juni 1933 waren 50 Millionen RM. bereitgestellt worden. Sie dürften voll verwendet worden sein, nachdem schon die früher gewährten 100 Mill. RM. restlos in Anspruch genommen sind. Die jetzige Fortsetzung der Reichszuschußgewährung in dem gedachten großen Umfang geschieht im wesentlichen in derselben Weise wie bisher, nämlich so, daß das Reich 20 v. H. bereitstellt, der Eigentümer aber die restlichen vier Fünftel aufzubringen muß.

Insgesamt würde also ein Kapitalbetrag von 2,5 Milliarden für Umbau- und Reparaturzwecke in Bewegung gesetzt werden können. Die besondere Erleichterung bei der diesmaligen Zuschußgewährung liegt darin, daß dem Eigentümer 4 v. H. des aufgewandten Kapitals, sei es aus eigenen oder fremden Mitteln, beigebracht, auf die Hauszinssteuer angerechnet werden (nach dem Papen-Plan fanden bekanntlich Steueranrechnungsscheine keine Anwendung auf die Hauszinssteuer). Es ist erfreulich, daß jetzt das leidige Hauszinssteuerproblem gleichzeitig angegriffen wird, wenn auch nicht in dem bisher meist erhofften Sinn einer unmittelbaren Senkung oder Befreiung der Steuer. Die Anrechnung dieser 4 v. H. auf die Hauszinssteuer wird auch in den meisten Fällen, nämlich da, wo fremde Mittel in Anspruch genommen werden müssen, durch die hierfür aufzubringenden neuen Zinslasten ausgeglichen. Es ist also mehr eine Zinsersleichterung für neu einzugehende Verbindlichkeiten. Denn nur in seltenen Fällen wird der Hausbesitzer aus eigenen Mitteln die vier Fünftel der Umbau- und Reparaturkosten selbst aufbringen können.

Es bedarf auch noch der Klärung, ob etwa Erleichterungen in der Beheizung von Häusern aus diesem Anlaß geschaffen werden können. Auch wäre noch zu berücksichtigen, daß viele Hausbesitzer schon bisher dem Ruf nach Instandsetzung und Arbeitsbeschaffung gefolgt waren und dabei schlechter weggekommen sind als diejenigen, die gewartet haben und jetzt in den Genuss der Steueranrechnung kommen. Sind doch vom September bis jetzt

Lloyd George betonte in einer Rede in Barmouth, Großbritannien viele sich auf der Abrüstungskonferenz eine nie wiederkehrende Gelegenheit, in der internationalen Politik die denkbar würdigste Rolle zu spielen, wenn es seiner Aufgabe als Verächter von Recht und Billigkeit treu bleibe. Er erklärte ferner, man solle sich nicht in deutsche Angelegenheiten einmischen. Man müsse sich dessen bewußt sein, daß, wenn es gelänge, die gegenwärtige deutsche Regierung zu stürzen, nur der Kommunismus ihr Nachfolger sein könne.

Lindbergh und seine Gattin sind am Freitag in Ceglgrad noch 12 Uhr gelandet.

Die Vereinnung im Württ. Offiziersbund, mit deren Durchführung dessen neuer Führer General a. D. Reichsritter v. Molo beauftragt wurde, ist abgeschlossen. Dem bisherigen ersten Vorsitzenden, General a. D. v. Reichmann, wurde die Ehrenmitgliedschaft des WOB. verliehen.

Zum neuen Leiter der Biologischen Reichsanstalt für Land- und Forstwirtschaft wurde Oberregierungsrat Dr. Riehm ernannt.

Gaubetriebsstellenleiter der Pfalz, Claus Selzner, wurde als Nachfolger Rudhows zum stellvertretenden Leiter der NSBO. und zum Leiter des Organisationsamtes der Deutschen Arbeitsfront ernannt.

Mit Prälat Sawahl ist der letzte Zentrumssenator aus der Danziger Regierung ausgetreten.

Der zweite Angeklagte im Cahusen-Prozess Heinz Cahusen, der angegeben hatte, daß er wegen seines Gesundheitszustandes der Verhandlung nicht mehr folgen könne, wurde zur Unternehmung ins Krankenhaus gebracht.

Das Reichsgericht hat zwei Todesurteile gegen Chemothee Kommunisten bestätigt, die einen Nationalsozialisten hintertäuscht erschossen hatten.

schon 4 Milliarden RM. für Arbeiten vergeben worden, davon 150 Millionen aus Reichszuschüssen und 650 Mill. aus eigenen (d. h. eben meistens aus fremden) Mitteln, für die die Zinslast höher war als jetzt. Vielleicht läßt sich hier noch in irgendeiner Form ein Ausgleich schaffen, mindestens für Härtefälle.

550 Millionen Ersparnis

Die Gewährung von Zuschüssen in Höhe von 500 Millionen wird zu einem Umsatz von zwei Milliarden führen. In diesen zwei Milliarden ist etwa eine Milliarde für Arbeitslöhne enthalten und diese Milliarde stellt bei einem jährlichen Lohndurchschnitt von 2000 Mark den Lohn für etwa eine Million Arbeiter dar. Würde es gelingen, in Durchführung des Plans in den kommenden Monaten einer Million Arbeiter Beschäftigung zu geben zum Ausgleich des Rückgangs aus den Aushenberufen, dann würde das eine Ersparnis an Arbeitslosenunterstützung für diese sechs Monate von 250 Millionen sein. Da der im Umsatz enthaltene Anteil der Steuern und Soziallasten etwa 15 v. H. beträgt, führt der Umsatz der zwei Milliarden zu einer Verbesserung der Einnahmeseite in den Haushalten von Reich, Ländern, Gemeinden und Sozialversicherungskassen um etwa 300 Millionen, so daß insgesamt eine Ersparnis von 550 Millionen herauskommt, als 50 Millionen über den Betrag hinaus, der nunmehr zur Verfügung gestellt wird.

Lastentung für die Landwirtschaft

Im Rahmen des Winterprogramms wird auch für die Landwirtschaft eine erhebliche Lastentung vorgenommen, indem die Umsatzsteuer auf 1 v. H. herabgesetzt und die staatliche Grundvermögenssteuer ab 1. Oktober 1933 um einen Jahresbetrag bis zu 100 Millionen RM. gesenkt wird. Auch diese Maßnahmen werden vermehrte Arbeit schaffen.

Ein neuer Geist

In einer Bepredung führte der Reichswirtschaftsminister noch aus: In unsere Wirtschaft könne nur dann wieder Leben kommen, wenn die 60 Millionen Menschen sich röhren, wenn sie wieder anfangen, zu wirtschaften und das Geld in Umlauf zu bringen. Es wäre ein wünschenswerter Zustand, wenn der Zinsfuß allmählich auf 5 oder 4,50 v. H. gesenkt werden könnte. Die Grundbedingung sei, daß die Sparrer — und das seien insbesondere die kleinen Leute — Vertrauen darauf setzen können, daß sie ihr Geld mit einem festen Zinsfuß ehrlich zurückbekommen. Sobald dieses Vertrauen wieder ganz zurückgekehrt sei, werde auch das Geld wieder herauskommen, das jetzt zu Hause liege oder nur kurzfristig angelegt werde. Die Lebensfähigkeit solle, wie auch früher ausgesprochen habe, nicht mehr eingeschränkt werden als unbedingt notwendig sei. Im wirtschaftlichen Leben müsse die Freude am eigenen Schaffen und der Ehrgeiz an die Stelle des Neids und der Rachsucht treten. Ein Volk könne nur dann vorwärtskommen, wenn jeder dafür Sorge, daß die Erzeugung in Bewegung kommt. Das begonnene Werk der Arbeitsbeschaffung könne nur dann Erfolg haben, wenn gleichzeitig mit den trockenem wirtschaftlichen Maßnahmen der Regierung auch ein neuer Geist in das Wirtschaftsleben getragen werde.

Patent-Büro Stuttgart, Königsstr. 4 (Universum)
Koch & Bauer
Telefon 2233, 20 Jähr. Praxis
Genaue Adresse beachten!

Der Reichstagsbrandprozeß

Zweiter Tag

Leipzig, 22. Sept. Das Interesse von Publikum und Presse war am Freitag unermindert stark. Ueberwachung und Waffendurchsuchung wird weiter durchgeführt.

Die Donnerstagverhandlung hatte die Vernehmung des Angeklagten Van der Lubbe bis zu seiner letzten Ankunft in Berlin im Februar gefördert. Es wird nun festgestellt sein, was Lubbe in Berlin in den Tagen bis zum Reichstagsbrand getrieben hat. Dem Angeklagten werden, nachdem er in der Anklagebank Platz genommen hat, die Fesseln abgenommen.

Nach Eröffnung der Sitzung nimmt Oberreichsanwalt Dr. W e n e r zu folgender Erklärung das Wort: Ich habe heute-morgen ein Telegramm von SA-Oberführer, Polizeipräsident, preussischer Staatsrat Heines folgenden Inhalts bekommen:

„In dem (berücksichtigten, in London erschienenen) Braunbuch und in der in- und ausländischen Presse werde ich der Brandstiftung im Reichstagsgebäude verdächtigt. Ich war vom 26. Februar bis 1. März 1933 in Ostwies und habe dort im Hotel Haus Obereschleffen gewohnt und bin dort von vielen Personen gesehen worden. Ich bitte das Gericht, mich gegen diese Verdächtigungen zu schützen.“

In einem Teil der ausländischen Presse, so fährt der Oberreichsanwalt fort, ist die Behauptung verbreitet worden, Heines sei Anführer einer Kolonne gewesen, die durch den oft erwähnten unterirdischen Gang in das Reichstagsgebäude eingebrochen sei und den Brand gelegt habe. Ich werde mir vorbehalten, entsprechende Anträge zu stellen, wenn dieser Komplex zur Sprache kommt.

Zeugenvernehmung

Der medizinische Sachverständige Dr. Bonnhöfer führt aus: In der medizinischen Untersuchung Lubbes haben sich keinerlei Anhaltspunkte für seelische Störungen ergeben. Er habe oft gefragt oder gelächelt bei Sachen, die ihm komisch erschienen. Man habe sich mit ihm über den Tatbestand und seinen Lebenslauf leicht unterhalten können, nur über seinen letzten Weg von Holland nach Berlin sei er zurückhaltend gewesen. Bezüglich der Brandstiftung habe Lubbe die Tat aus kommunistischen Gedankengängen hervorgehend bezeichnet; er habe ein Vorbild sein wollen für andere, damit sie in gleicher Weise vorgehen. Daß Lubbe unter hypnotischem Einfluß stehe, halte er (Bonnhöfer) für ausgeschlossen.

Der Berliner Kriminalkommissar Heilig, der in Holland Ermittlungen über das Vorleben Lubbes angestellt hat, bekundet: Ein Bekanntheitsfreund des Angeklagten, ein Student, habe ihm erklärt, er sei Anhänger des „internationalen Kommunismus“, einer Sonderbildung, die in ganz Holland etwa 20, in Leyden etwa 5 Mitglieder zähle. Diese Leute richteten sich nicht nach irgendwelchen Weisungen einer Zentralinstanz, sondern verfolgten selbstständig die kommunistischen Ideen und das Programm. Lubbe habe in der Partei ein gewisses Vertrauen erworben und er sei immer vorgeschickt worden, wo die kommunistische Partei im Hintergrund bleiben wollte. Und Lubbe sei so anständig gewesen, die Schuld immer auf sich zu nehmen. 1931 sei Lubbe der Austritt aus der Partei nahegelegt worden. Ueber die Gründe sei nichts zu erfahren gewesen.

Der Zeuge macht dann noch eine wichtige Befundung über Aufzeichnungen des Angeklagten, die am Tag vor dem 1. März von einem Vertreter der kommunistischen Partei Hollands abgeholt wurden. Es handelte sich um ein Tagebuch und um weiterhin einen alten Paß von der Lubbes. In dem Tagebuch waren Adressen in- und ausländischer Kommunisten verzeichnet. Es waren auch deutsche Namen darin. Aus dem Abholen dieser Sachen ist zu entnehmen, daß die kommunistische Partei Hollands berechtigtes Interesse daran hatte, diese Aufzeichnungen nach dem Bekanntwerden der Festnahme Lubbes verschwinden zu lassen.

Ueber das Benehmen des Angeklagten nach seiner Festnahme in Berlin erklärt der Zeuge Heilig: Zunächst gab es bei der Vernehmung kleine Schwierigkeiten, weil Lubbe ja noch aufgeregt und erschöpft von den vorhergegangenen Dingen war. Aber dann, schon gegen 12 Uhr nachts, war er zu einer stehenden Unterhaltung bereit. Als ich, fuhr der Zeuge fort, nach der ersten Führung Lubbes durch das Reichstagsgebäude noch einmal mit ihm durch den Reichstag gehen mußte, zeigte er sich außerordentlich gut orientiert. Er hat tatsächlich geführt. Ueber die Brandstiftung wußte er besser Bescheid als ich.

Weiter erklärte der Zeuge: Bei seiner ersten Vernehmung gleich nach der Tat war von der Lubbe keineswegs niedergeschlagen, sondern er hat ganz offen und frei bekannt, daß er die Reichstagsbrandstiftung gemacht habe und auch dafür einsehen

wolle. Er fragte, ob die Sache auch in die holländischen Zeitungen kämen. Als ich das bejahte, sagte er erfreut: „So ist's recht!“ Er habe mit seiner Tat die Arbeiter aufrichtiger wollen, die schon viel zu lange gequält hätten. Um die bestehende Ordnung des Staates zu kürzen, müsse man gewaltsam vorgehen. Als Ziel bezeichnete er Arbeiterregierung.

Der Oberreichsanwalt verweist auf die Mitteilung eines holländischen Nachrichtenbüros, das eine Erklärung der Familie von der Lubbe verbreite, wonach diese mit Bestürzung erfahren habe, daß ihr Brief an den Angeklagten, worin sie dem Angeklagten dringend die Annahme des Rechtsanwalts Stomps als Verteidiger angeraten haben, an Lubbe nicht ausgehändigt worden sei. Das habe zur Folge gehabt, daß Lubbe in seinem Mißtrauen gegen ausgewogene Verteidiger auch diesen Verteidiger abgelehnt habe. Die Familie habe sich telegraphisch an den Reichspräsidenten von Hindenburg gewandt, um diesen dringend um eine Vermittlungsaktion beim Reichsgericht zu ersuchen, daß der Brief an Lubbe ausgehändigt werde.

Vorsitzender: Haben Sie in den letzten Tagen von Ihren Angehörigen einen Brief bekommen, in dem Ihnen geraten wurde, den Rechtsanwalt Stomps als Verteidiger anzunehmen?

Lubbe antwortet zunächst mit nein. Als die Frage wiederholt wird, sagt er leise „Ja“, und auf die weitere Frage, wo sich der Brief befinde, erwidert er: Im Gefängnis.

Vorsitzender: Dann haben Sie ihn also bekommen? Stand in diesem Brief, was ich eben gesagt habe? Lubbe: Ja.

Oberreichsanwalt: Der Gefängnisvorsteher hat selbst den Brief dem Angeklagten übergeben und kann bekunden, daß Lubbe nach Uebergabe des Briefes erklärt hat: Ich will den Verteidiger Stomps nicht haben.

Der Vorsitzende Präsident Dr. B ü n g e r unterbricht dann die Verhandlung durch eine Pause von 20 Minuten, um Rechtsanwalt Stomps Gelegenheit zu einer Aussprache mit dem Angeklagten zu geben.

Die Pause hat sich wegen der Verhandlungen in der Verteidigerfrage auf etwa eine Stunde ausgedehnt. Es werden dann zunächst die Briefe, die in der Verteidigerfrage vorliegen, zur Verlesung gebracht. Gefängnisdirektor Diege legt den Brief der Angehörigen Lubbes dem Gericht vor und teilt mit, daß er ihn soeben vom Tisch der Zelle des Angeklagten genommen habe.

Präsident Dr. B ü n g e r: Der Fall dürfte damit aufgeklärt sein. Ich frage nun den Angeklagten von der Lubbe: Haben Sie soeben mit Herrn Stomps gesprochen? Lubbe schüttelt den Kopf, worauf Rechtsanwalt Dr. Seuffert, der Offizialverteidiger Lubbes, erklärt: Er hat mit ihm gesprochen. Rechtsanwalt Stomps erklärt, daß die Unterredung statgefunden hat. Der Offizialverteidiger

hat mit Begehrtheit gelassen, allein mit Lubbe zu sprechen, aber nur in Gegenwart des Dolmetschers. Ich habe auf verschiedene Art und Weise versucht, einige Worte aus ihm herauszubekommen. Er hat es völlig verweigert, mir eine Antwort zu geben.

Auf eine Frage des Verteidigers von Torgler, Rechtsanwalt Dr. Sack, bestätigt Rechtsanwalt Stomps, von allen Freunden und Bekannten des Lubbe sei entschieden bestritten worden, daß er homosexuell veranlagt sei.

Oberreichsanwalt Dr. W e n e r verliest hierauf einen von Oberleutnant P. Schulz eingegangenen Brief, in dem Schulz die in der Weltbühne aufgestellte Behauptung zurückweist, daß er an der Reichstagsbrandstiftung beteiligt sei. Schulz weist darauf hin, daß er zur Zeit des Reichstagsbrands sich in Tübingen am Siarnberger See wegen einer Nierenkrankung in ärztlicher Behandlung befunden habe. Auf eine Frage des Vorsitzenden erklärt Sachverständiger Prof. Dr. Bonnhöfer, eine „Pyromanie“ liegt bei Lubbe nicht vor. Er sei also nicht insofern geisteskrank, daß er einen unüberwindlichen Zwang verspüre, Feuer anzulegen.

Rechtsanwalt Dr. Sack gibt eine Erklärung ab, in der es u. a. heißt: Mir ist während der Pause Mitteilung gemacht worden, daß in Südamerika in den Rio-Blättern ein Bericht erschienen ist, in dem das Verfahren vor dem Reichsgericht dargestellt wird als ein „Theater“ und daß man nur „zugunsten der Nazis“ den Reichstagsbrand ausschalten wolle. Als deutscher Anwalt fühle ich mich verpflichtet, dies in aller Öffentlichkeit dem Gericht zu melden. Es scheint mir eine selbstverständliche Pflichtausübung, wenn diesen Berichterstattern, die solche Tendenzmeldungen in die Welt setzen und denen wir als Gästen bereitwillig zugehört haben, an diesem Verfahren, das in seiner ersten Würde durch kein anderes Gericht überboten werden kann, teilzunehmen, die Freizügigkeit entzogen wird.

Der Vorsitzende und der Oberreichsanwalt sind der Auffassung, daß in diesen Fällen möglichst die Strafe auf dem Fuße folgen müsse und bitten Rechtsanwalt Dr. Sack, die Blätter zu nennen.

Hierauf wird eine Broschüre verlesen, die Lubbe aus Holland zugegangen ist. Sie ist von den Brüdern und Stiefbrüdern Lubbes verfaßt und verbreitet worden. In der Broschüre wenden sich die Verfasser mit großer Leidenschaft gegen die Behauptung, daß Lubbe ein faschistischer Spion sei. Sein Interesse sei auf Spartakus gerichtet, doch sei er nie Mitglied gewesen. Er sei aus keinem anderen Grund jemals mit dem Befehl in Konflikt geraten als wegen seiner Grundzüge.

Die Verhandlung wird dann auf Samstag 9.30 Uhr vertagt. Die Vernehmung über die Persönlichkeit Lubbes ist abgeschlossen und das Gericht will, ehe zu der Tat selbst übergegangen wird, zunächst die Persönlichkeiten der anderen Angeklagten feststellen. In der Samstagssitzung wird also das Vorleben des Angeklagten Torgler im Mittelpunkt der Verhandlungen stehen.



Blick in den großen Sitzungssaal des Reichsgerichts während der ersten Verhandlung des Reichstagsbrand-Prozesses. Vor dem Richterlich sieht man den Hauptangeklagten Marinus van der Lubbe (X).

Bogohl

Mänchener Kriminalroman von Hans Ringenstein
Urheberrechtsschutz durch Verlagsanstalt Manz, Regensburg.

9. Fortsetzung. Rachdruck verboten.
Irgendwo lagen Zeitungen. Es war ein leichtes, die Wetterberichte zusammenzustellen. Wenn Riedl mit dem Motorrad am Samstag abfuhr, war er in der Frühe in Lindau. Am Sonntag war vom Bodensee Sturm gemeldet mit Westwinden. Es kam als Startplatz nur der Pfänder in Frage, aber nicht bei Sturm und Westwind. Vielleicht flog Riedl bei Nacht. Aber dann mußte es in der verflochtenen Nacht vom Sonntag auf Montag gewesen sein und da allerdings hatte sich der Wind gelegt, die Zeitung meldete Ostwind.

Das Telephon klingelte. Es war Renner: „Lieber junger Freund, Ihre Theorie ist brüchig, sagt Amüller. — Verstehen Sie etwas vom Segelflug, Spannagel? Ich auch nicht. Aber der Amüller versteht etwas, er versteht alles. Er sagt, Riedl hätte mindestens zehn Leute zum Start gebraucht, um das Gummitau auszugehen. Woher soll ein flüchtiger Bankier mitten in der Nacht geschwind zehn Männer zaubern?“

„Richtig!“ murmelte Spannagel enttäuscht. „Aber trotzdem, — ich warte das Ferngespräch von Lindau ab.“

Es kam bald und dauerte lange, und während Spannagel schrieb, was ihm Lindau meldete, wurde sein Gesicht heller und heller und zuletzt strahlte es unter dem dicken Haarwuchs wie der lichte Vollmond in den Wolken. Riedl war tatsächlich mit dem Motorrad am Sonntag vormittag gegen sieben in Lindau angekommen und hatte den Ingenieur Rünzi, mit dem er schon seit langem befreundet war, aufgesucht. Rünzi hat einen Klemm-Eindecker, ein leichtes Motorflugzeug. Sie gingen beide zum Klubhaus, fanden dort einige Leute und Riedl erzählte, daß er, sobald sich der Sturm lege, mit seinem Segler einen Flug über den Bodensee machen wolle, und zwar zum erstenmal einen Schlepp-

versuch. Rünzi solle ihn mit seinem Klemm-Eindecker hochziehen und dann oben freilassen zum Alleinflug. Einige Kameraden der Abteilung gingen mit, ein Lastwagen schleppte die abmontierten Flugzeuge auf den Pfänder. Das war am Sonntag nachmittag. Sie erwarteten gegen Abend günstigen Wind. Ob in der Nacht geflogen wurde, ließ sich von Lindau nicht ermitteln. Wohl hörte man gegen die Morgendämmerung ein Motorflugzeug. Aber das konnte auch ein Wasserflugzeug der Manbad-Werke von Friedrichshafen sein. Es wird ja ständig geflogen in der Ecke.

Spannagel brüllte in den Apparat: „Sie wissen doch, daß hinter Riedl ein Stedbrief läuft?“

„Jawohl“, war die Antwort, „wegen Unterschlagung. — Wir haben den Brief seit einer halben Stunde.“

„Recherchieren Sie alles, jede Kleinigkeit ist wichtig. Vor allem Rünzi. — holen Sie, wenn nötig, vom Amtsgericht einen Haftbefehl gegen Rünzi wegen Beihilfe!“

Und dann rief Spannagel wieder das Polizeipräsidium an, diesmal den Chef. Der Chef wünschte persönlichen Bericht. „Nehmen Sie ein Taxi!“ sagte er. „Vielleicht fahren Sie noch schnell an der Bank vorbei und erkundigen sich, ob nichts Neues vorliegt. Dann kommen Sie zu mir. Ich werde in Schleißheim ein Flugzeug für Sie anfordern, Sie müssen sich bereit machen, gegen Mittag abzustiegen.“

Als Spannagel in dem Wagen saß, ein stolzes Triumphgefühl im Herzen, tauchte naturgemäß Bettys reizendes Bild vor seinen Augen auf. Was wird sie schauen! Und er konnte es nicht übers Herz bringen, sie mit einigen Worten des Trostes aufzurichten. Er wollte sie von Goldschmidt & Riedl aus anrufen.

In der Gartentür stand ein Schuhmann, den Spannagel kannte. „Nichts besonderes vorgefallen? Seit wann stehen Sie hier?“

„Seit sieben.“ Der Schuhmann zog sein Notizbuch heraus und las: „Um sieben kommt der Milchmann, Frau Eibl

öffnet. — 7.10 fährt er wieder ab. — 7.30 Uhr drei Kinder Terofal in die Schule. — 7.45 Studienrat Stempflinger mit Mappe ins Gymnasium. — 7.55 kommen zwei Büro-Angestellte von Kaulino. — 7.58 ein junger Mann und zwei Mädchen für das oberbayerische Kohlenbüro. — 8.03 der Chef vom oberbayerischen Kohlenbüro. — 8.45 Frau Eibl mit dem Mädchen von Stempflinger zum Einkaufen. — 9.30 kehren beide zurück. — 9.45 ein Hausierer, hat Ausweis, wird aber nicht eingelassen. — 9.55 das Mädchen von Stempflinger auf die Post. — 10.10 wieder zurück. — 10.12 ein Metzgerbursche für Stempflinger. — 10.15 wieder ab. — 10.35 das Mädchen von Stempflinger und Frau Stempflinger. Sind noch nicht zurück. Eben 10.55 ging der Briefträger ins Haus. — Das ist alles.“

„Ist gut!“ sagte Spannagel. „Ich will mir mal kurz die Bescherung anschauen. Ich hab den Fall übertragen bekommen.“

Aber das vordringlichste an dem Fall schien ihm ein Gespräch mit Betty. Sie war bei einem Zahnarzt als Sprechzimmerdame. Er rief sie vom Telephon in der Diele an und erzählte ihr einiges. Er hatte sich vorgenommen, das wichtigste zu verschweigen. Aber Betty war ein kluges Kind und ein liebes Kind und in zehn Minuten wußte sie Bescheid, sogar darüber, daß er auf dem Sprunge sei, mit einem Polizeistatler von Schleißheim aus hinter Riedl her-zufahren und daß er nur noch auf die Polizeidirektion müsse zum mündlichen Vortrag, gegen 12 Uhr Start. Vielleicht hätte er ihr noch mehr mitgeteilt, aber vor der Türe auf dem Gang hörte er Schritte. Der Briefträger war es, der eben vorbeiging.

Spannagel schaute auf die Uhr. Sollte er sich die Bant-räume noch anschauen? Ach was, überflüssig! Hier hatte Renner die halbe Nacht herumgeschliffelt und dem war sicher nichts entgangen. So kehrte er auf der Diele um, unterließ sich noch kurz mit dem Beamten an der Gartentür, bestieg seine Taxi und fuhr in die Polizeidirektion.

(Fortsetzung folgt.)

Geschlossene Front gegen Deutschland

London, 22. Sept. Das Ergebnis des Kabinettsrats war, daß die Engländer in der Abrüstungsfrage dem französischen Standpunkt eher näher gerückt sind. Auch das englische Kabinett hat jetzt die Hoffnung, wenn sie überhaupt ernsthaft beabsichtigen, die Abrüstung zu können, endgültig aufzugeben. Die Regierung hat sich mit dem Gedanken eines Abkommens abgefunden, das nur aus einer mehr oder weniger bestimmt gehaltenen Zusicherung bestehen würde, unter gewissen Bedingungen zu einem noch festzulegenden späteren Zeitpunkt eine Abrüstung vorzunehmen. England möchte unter allen Umständen irgendein Abkommen zustande bringen, wie nichtsagend es auch sein möge, um das bei einem vor aller Welt öffentlichen Scheitern der Abrüstungskonferenz befürchtete Weltkriege zu verhindern. Bei dieser Stimmung der englischen Regierung wird Frankreich nur zu leichtes Spiel haben, seine Wünsche in der einen oder anderen Form durchzusetzen.

Um Deutschland bekümmert man sich bei diesem Spiel so gut wie gar nicht, sondern hofft, Italien zu einem entsprechenden Einfluß auf Deutschland veranlassen zu können. Dabei wird die Besserung des französisch-italienischen Verhältnisses besonders betont, und die englische Regierung läßt sogar amtlich erklären, sie werde ihr Neuestes tun, um diese Beziehungen noch weiter zu verbessern. Man ist in den amtlichen Stellen in London offenbar genug durchblicken zu lassen, daß die britische Politik darauf ausgeht, mit Frankreich, den Vereinigten Staaten und Italien eine geschlossene Front gegen Deutschland zu schaffen.

Französischer Sanierungsplan

Paris, 22. Sept. Der radikale „Quotidien“ will wissen, die Regierung beabsichtige folgende Maßnahmen, um das Haushaltsgleichgewicht für 1934 herzustellen: 1. Kürzung der Gehälter, Löhne und Pensionen um 6 v. H., einschließlich der Pensionen der ehemaligen Frontkämpfer; 2. Umwandlung der verschiedenen Auto Steuern in eine einheitliche Benzinfsteuer; 3. Einführung einer besonderen Bankkontensteuer bei Einlösung von Zinsscheinen; 4. Einführung des Verkaufsmonopols für die Kriegsfabrikationen, wobei es sich nur um ein steuerliches Monopol handeln soll; 5. Einführung der Umsatzsteuer auch für die Gas- und Elektrizitätswerke, die sie früher nicht zu entrichten brauchten.

Italienische Mahnung an Frankreich

Rom, 22. Sept. Eine amtliche Note des „Corriere della Sera“ wendet sich gegen das französische Sicherheitsgeheim und erklärt den Viermächtepakt als völlig ausreichend für die Sicherheit Frankreichs. Italiens Grundsätze seien Rüstungsgleichheit und stufenweise Abrüstung. Aber gerade die grundsätzliche Rüstungsgleichheit mit Deutschland werde von den Franzosen abgelehnt. Sie fordern mit der einseitigen Ueberwachung so viele Sicherheiten, als man sie nur von einem besiegten und niedergeworfenen Feind verlangen, aber nicht einem Feind von gestern vorklagen kann, wenn man wirklich die eheliche Absicht hat, jede Ursache des Zwistes zu zerstören, wenn man eben ein neues Europa schaffen will, in dem jedem Volk die Aufgabe zufällt, die ihm zukommt, und zwar ohne Verminderung und ohne Grenzen äußerer Natur. Wir hoffen, daß die französische Regierung auf der Konferenz in Genf genügend Biegbarkeit und Flexibilität der neuen Lage gegenüber beweist, die entstanden ist durch den triumphalen March des Hitlerismus und durch die Unterzeichnung des auf 10 Jahre abgeschlossenen Viermächtepakts.

Argentinien kommt wieder

Buenos Aires, 22. Sept. Das Abgeordnetenhaus hat einen Antrag angenommen, daß das Land in den Völkerbund zurückkehrt. Argentinien hofft den bisherigen Sitz Guatemalas im Völkerbundsrat zu erhalten und so in Genf als Vormacht der lateinamerikanischen Staaten auftreten zu können. — Argentinien hat nur an der ersten Völkerbundsversammlung teilgenommen. Da der Völkerbund den damals von Argentinien eingebrachten Antrag „allen souveränen, von der internationalen Gemeinschaft anerkannten Staaten“ ohne Abstimmung freizustellen (Deutschland war damals noch ausgeschlossen) absichtlich verschleppte, blieb Argentinien von da an den Völkerbundsversammlungen bis heute fern, zahlte aber von der fünften Versammlung ab wieder seinen Beitrag.

Neuer japanischer Vorstoß

Beiping, 22. Sept. Mandchurische Truppen sind in die neutrale chinesische Zone südlich der Großen Mauer einmarschiert und haben nach einem Eilmarsch die Stadt Hugaigou im Norden von Beiping besetzt. In Beiping sieht man darin den Auftakt zu einem neuen japanischen Feldzug gegen China.

Die sowjetrussische Regierung hat in Tokio gegen die Verletzung der Ostchinesischen Verträge durch die Mandchukuo- bzw. durch die japanische Regierung, die dafür verantwortlich ist, Einspruch erhoben.

Beschlüsse des Reichskabinetts

Berlin, 22. Sept. Das Reichskabinett (radschloß am Freitag das Reichskulturkammergesetz, wodurch der Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda ermächtigt wird, die Angehörigen der seinen Aufgabenbezirk betreffenden Tätigkeitskreise in Körperschaften des öffentlichen Rechts zusammenzufassen. Erreicht werden eine Reichsschrifttumskammer, eine Reichspresskammer, eine Reichsrundfunkkammer, eine Reichstheaterkammer, eine Reichsfilmmutterkammer und eine Reichskammer der bildenden Künste. — Ferner genehmigte das Reichskabinett Änderungen des Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums, wodurch Zweifelsfragen gelöst werden, das neue Patentanwaltsgesetz, das die Gründung einer Patentanwaltskammer vorsieht, und das Gesetz über die Ausschließung von Wohnsiedlungsgebieten, das die Befriedung des Bodens ordnen und nur in solchen Wohnsiedlungsgebieten Anwendung finden soll, in denen ohne die Vorschriften des Gesetzes die ausführenden Stellen nicht mehr in der Lage waren, die Siedlungsbewegung in geordneten Bahnen zu halten.

Weiterhin beschloß die Regierung ein Gesetz zum Schutze der deutschen Warenausfuhr, das eine handelspolitische Verteidigungsmassnahme darstellt und die Möglichkeit schafft, gegenüber solchen Ländern, die deutsche Erzeugnisse Einfuhrbeschränkungen unterwerfen, zum Schutze der deutschen Warenausfuhr ebenfalls Einfuhrbeschränkungen anzuordnen.

Württemberg

Die Zilial- und Warenhaussteuer in Württemberg

Stuttgart, 22. Sept. Nach einem Erlaß des Innen- und Finanzministeriums an die Gemeinden können die Gemeinden, die die Zilialsteuer mit dem bisherigen Satz (1 Fränkel) schon für 1932 erhoben oder für 1933 einzuführen beschlossen haben, sie mit Wirkung vom 1. April 1933 an bis auf höchstens 2 Fränkel des Gemeindeumlagefahes erhöhen; verpflichtet sind sie dazu nicht. Die übrigen Gemeinden können die Zilialsteuer mit Wirkung vom 1. April 1933 an und mit beliebigem Steuerfah bis zu höchstens 2 Fränkel des Umlagefahes auch jetzt noch einführen. Die Warenhaussteuer müssen die Gemeinden nach dem Gesetz vom 11. August 1933 mit Wirkung vom 1. April 1933 an erheben. Wie die Zilialsteuer, so wird auch die Warenhaussteuer nur für Rechnung der Gemeinde, nicht auch des Staates erhoben. Die auf dem Lande vielfach üblichen „Gemischten Warenhäuser“ dürfen in den meisten Fällen nicht als Warenhäuser anzusehen sein. Maßgebend ist der Umfang des Betriebes. Ein Umlage von weniger als 250 000 Mark in Gemeinden bis zu 5000 Einwohnern (in größeren Gemeinden entsprechend höher) wird die Annahme begründen können, daß es sich noch nicht um einen „Einzelhandel im großen“ handelt. Auch bei Einzelhandelspreisgeschäften in den Kleinstpreisgeschäften setzt das Gesetz voraus, daß sie den Einzelhandel im großen betreiben. Jedoch wird bei ihnen ein Jahresumsatz von mindestens 250 000 Mark nicht Voraussetzung für die Warenhaussteuerpflicht sein.

Stuttgart, 22. September.

Die Wohlfahrtserwerbslosen Ende August 1933. Die Zahl der von den Fürsorgeverbänden laufend in offener Fürsorge unterstützten und von den Arbeitsämtern anerkannten Wohlfahrtserwerbslosen betrug Ende August 1933 in Württemberg 20 514 oder 8,0 auf 1000 Einwohner. Auf Stuttgart entfielen davon 9520 oder 24,6 auf 1000 Einwohner. Gegenüber Ende Juli 1933 ist die Zahl der Wohlfahrtserwerbslosen in ganz Württemberg um 2082 gleich 9,2 v. H. und in Stuttgart um 404 gleich 4,1 v. H. zurückgegangen.

Spenden für das Winterhilfswerk. Bei der Landesführung Württemberg und Hohenzollern des Winterhilfswerks (Zentralleitung für Wohltätigkeit in Württemberg, Stuttgart W., Falkenstr. 29, Postfachkonto Nr. 2825) sind weiter an Spenden angemeldet worden oder eingegangen: Wielandwerke AG., Reisingwerke, Ufm., 5000 RM., C. D. Magirus AG., Ufm., 5000 RM., Delmag, Deutsche Elektromaschinen- und Motorenbau AG., Eßlingen, 200 RM., Heinrich Bort, Komm.-Gel., Kräuter-Käse-Fabrik und Käse-Schmelzwerk, Wangen i. A., Waren im Wert von 1000 Reichsmark, Waldbaur, Gebrüder, Stuttgart, 10 000 Ag. Rafao, B. Wirtel Söhne, Eierwaren-Fabrik in Endersbach, 5000 Pfund Schwabennudeln und Schwaben-Maccaroni noch Wahl, Maschinenfabrik Gg. Kiefer in Feuerbach 200 RM., Greif-Union G. m. b. H., Baubeschlagsfabrik in Feuerbach zusammen mit Unita G. m. b. H., 300 RM., Fr. Kaufmann, Senf- und Essigfabrik, Ebersbach a. d. F., 200 RM., Württ. Blechballagenfabrik von Josef Dilger in Eßlingen a. N., 500 RM.

Verordnung der württ. Lichtspieltheaterbesitzer. Am Donnerstag nachmittag wurden die Zellenmitglieder des Verbandes Württ. Lichtspieltheaterbesitzer im Ruppelsaal des Kunstgebäudes durch den Reichszellenleiter Jensen-Berlin feierlich verpflichtet. Als Vertreter der württ. Regierung bezeichnete Regierungsrat Dr. Sprengel die Tagung als ein Zeichen dafür, daß auf einem wichtigen Gebiet deutschen Kulturlebens, nämlich dem des Films, ein neuer Geist eingeblasen sei.

Privatmusiklehrerprüfung. Die im Sommer ds. Js. im Musikseminar des Konservatoriums für Musik in Stuttgart im Rahmen der Hochschule für Musik abgehaltene Prüfung für Privatmusiklehrer, bei der als Vertreter der Kulturverwaltung Oberregierungsrat Dr. Lohje mitwirkte, haben nachstehende Bewerber bestanden und die Befähigung zur Erteilung von A l a v' e r u n t e r r i c h t nachgewiesen: Irma Heible von Stuttgart-Bad Cannstatt, Margarete Krehl von Stuttgart, Irma Luidthardt von Stuttgart, Luise Spohn von Stuttgart-Böblingen, Willy Riegger von Ulm.

Von der Hochzeitreise ins Gefängnis. Obwohl die Strafen für Schiebung mit der Registermark immer mehr erhöht werden, hat der Zustrom von Registermark-Schiebern aus der Schweiz nicht nachgelassen. Besonders stark vertreten ist der Kanton St. Gallen. Am Freitag vormittag standen abermals elf Angeklagte aus der Schweiz vor dem Stuttgarter Schnell-Schöffengericht, darunter ein junges Architektenehepaar, das mit der Schiebung der Registermark-Beträge gleichzeitig seine Hochzeitreise verbinden wollte. Der Ehemann erhielt 2 Monate und seine Frau 2 Wochen Gefängnis. Dazu kommt noch eine entsprechende Geldstrafe, abgesehen von den sonstigen finanziellen Nachteilen, die ihnen durch diesen Ausflug in das Gebiet des Devisenschmuggels entstanden ist. Da nach den Angaben eines Angeklagten in der Schweiz vielfach die Meinung vertreten ist, derartige Deviservergehen würden nur mit einer Buße belegt, wurden die Angeklagten darauf aufmerksam gemacht, daß in Zukunft mit allen Mitteln — auch mit Zuchthausstrafen — eingeschritten wird. Gegen die 11 Angeklagten wurden Strafen von 2 Wochen bis 9 Monaten Gefängnis, insgesamt 31 Monate 2 Wochen Gefängnis und 3770 Mark Geldstrafe ausgesprochen. Ferner wurden aus den beschlagnahmten Beträgen 3440 Mark zugunsten des Reiches eingezogen und ein zur Herreise benutzter Kraftwagen beschlagnahmt.

Aus dem Lande

Waiblingen, 22. Sept. Umgehungsstraße. Bis zum nächsten Jahr wird die große Umgehungsstraße fertig sein, die man jetzt für den Autofernverkehr Stuttgart-Waiblingen—Crailsheim—Nürnberg um Waiblingen herum führt. Künftig wird der ganze Verkehr an der Straßenabzweigung am Urseingang von Waiblingen nach rechts in die Schorndorfer Ausfallstraße gelenkt. Die Abföhrung gegen die frühere Ortsdurchfahrt ist beträchtlich.

Leonberg, 22. Sept. Der neue Bürgermeister. Rechnungsrat Stadtrat Abele wurde vom Innenminister zum Bürgermeister der Stadt Leonberg ernannt.

Besigheim, 22. Sept. Herbsttagung des Württ. Weinbauvereins. Der Württ. Weinbauverein hält

seine diesjährige Herbsttagung am nächsten Sonntag in Besigheim ab. Bürgermeister Mayer-Besigheim und der Vorstand des Vereins, Landesökonomierat Mährlein, werden über aktuelle Themen des Weinbaus sprechen.

Bönnigheim O. Besigheim, 22. Sept. Stiftung. Aus Anlaß seines 70. Geburtstags stiftete Fabrikant Alfred Mann zum Bau einer Turnhalle 20 000 RM.

Ebingen, 22. Sept. Abtrieb von der Fohlenweide. Gestern war Abtrieb von der Ebinger Fohlenweide. Die Weide war dieses Jahr verhältnismäßig gut besetzt bis aus der Horber Gegend waren Fohlen aufgetrieben worden, die nunmehr fräftig und gesund dem heimischen Stall zustreben. Die Besitzer äußern sich durchweg sehr zufrieden über den Zustand der Tiere.

Tübingen, 22. Sept. Drei Todesopfer eines Autounglücks. Auf der Jullier-Parkstraße ist, wie bereits berichtet wurde, ein Auto verunglückt, wobei drei Tübingen den Tod gefunden haben, nämlich Frau Roell aus Berlin, eine geb. Schweichardt von Tübingen und die beiden jüngeren Kinder des Tübingen Bankiers Schweichardt, der 23jährige Werner und die 25jährige Lotte Schweichardt. Sie befanden sich zur Erholung in der Schweiz. Lotte und Werner Schweichardt waren sofort tot, während Frau Roell bald nach dem Unglück starb. Die Eltern der tödlich Verunglückten haben sich nach Samaden begeben, wo die Leichen im Krankenhaus aufgebahrt sind.

Tübingen, 22. Sept. Prof. Gerber bleibt. Professor Dr. Gerber hat sich entschlossen, den Ruf nach Hamburg, der vor kurzem an ihn erging, abzulehnen und in Tübingen zu bleiben.

Freudenstadt, 22. Sept. Besuch des Reichsstatthalters. Am 7. und 8. Oktober wird in Freudenstadt ein Kreistag abgehalten, zu dem Reichsstatthalter Murr sein Erscheinen zugelagt hat.

Schramberg, 22. Sept. Rolandbund aufgelöst. Die hiesige Ortsgruppe des „Rolandbunds“ wurde am 20. Sept. 1933 auf Anordnung des Württ. Innenministeriums — Württ. Politische Polizei — aufgelöst und das Vermögen usw. beschlagnahmt. Die Auflösung erfolgte, weil der „Rolandbund“ als Fortsetzung des bereits vor einiger Zeit aufgelösten Freiwirtschaftsbunds anzusehen ist. Die bisherigen Mitglieder des „Rolandbunds“ werden darauf hingewiesen, daß mit der Auflösung des Bunds auch das Tragen des Bundeszeichens in Zukunft verboten ist.

Ulm, 22. Sept. Verurteilung. Pg. Alex Dietrich ist als Dramaturg und erster Spielleiter für Oper, Operette und Schauspiel an das Stadttheater Trier berufen worden.

Blaubeuren, 22. Sept. Die Obstdiebstähle in den Gärten auch inmitten der Stadt haben in letzter Zeit in erschreckendem Maß zugenommen. Die Diebe ernten beinahe ganze Bäume. Die Polizei hat die Obstdiebe gefast.

Herrlingen O. Blaubeuren, 22. Sept. Schwere Unglücksfall. Das jüdische Landheim wird zurzeit geräumt. Zum Beginn mußte von den Möbelwagen die Wippinger Straße benützt werden. Trotzdem die Wagen unterlegt waren, schleuderte es gestern bei einem Wagen die Bremsklötze hinaus, wodurch der schwere Wagen in schnelle Fahrt kam. Aus dem Dorf kamen im selben Augenblick zwei Radlerinnen, von denen die eine vom Wagen erfasst und unter den Rädern mitgeschleift wurde. Der Wagen kam erst an den Güterpfeisen zum Stehen. Die Frau blieb bei vollem Bewußtsein. Beide Beine sind abgefahren. Ob sie mit dem Leben davon kommt, ist fraglich.

Saulgau, 22. Sept. Einen Fuchs mit der Hand gefangen. Gastwirt Kimmel zum „Döfen“ konnte sich so weit an einen jungen Fuchs heranwägen, daß das Tier ihn erst bemerkte, als es zu spät war. Mit geschicktem Griff wurde der Fuchs im Genick gefast. Der Jäger mußte das Tier an Genick und Hinterläufen halten und so lange treten, bis ihm ein Mann begegnete und behilflich war, das Tier im Rudfaß zu verstaufen.

Lokales.

Wildbad, 23. September 1933.

Auch Arbeitslose müssen im eigenen Interesse Invalidenmarken haben. Man macht oft die Erfahrung, daß Arbeitslose und insbesondere Ausgeföhrte es unterlassen, sich in der Invalidenversicherung weiter zu versichern. Dadurch fügen sie sich selbst großen Schaden zu. Man kann den Arbeitslosen nur empfehlen, sich weiter zu versichern. Im Zeitraum von 2 Jahren müssen mindestens 20 Marken geklebt werden. Bezüglich der Höhe der Beiträge sagt die Vorschrift, daß entsprechend der Höhe des Verdienstes, mindestens aber Marken der 2. Klasse (60 %) geklebt werden müssen. Weiter ist zu beachten, daß die Quittungskarte rechtzeitig, d. i. 2 Jahre nach dem Ausstellungsdatum, bei der Ortsbehörde für die Arbeiter- und Angestelltenversicherung hier umgetauscht wird.

Die letzten Abend-konzerte im Staatl. Kurfaal. Sonntag abend findet in Gemeinschaft mit dem Männerchor Viederkranz Wildbad, eine musikalische Herbstfeier statt, zu welcher außer den Vereinsmitgliedern natürlich auch die verehrlichen Kurgäste Zutritt haben. Ein schönes abwechslungsreiches Programm bietet Gewähr für einen angenehmen Abend. — Montag abend werden wir vom Orchester auserlesene Werke italienischer Meister zu hören bekommen, während der Dienstag abend dem Frohsinn gewidmet ist, wo unter Führung des beliebten Geigers Willi Lindner das verkleinerte Kurorchester zu heiteren und lustigen Volksgefängen aufspielen wird. — Einen würdigen Abschluß der diesjährigen Abendkonzerte bildet jedoch das Mittwoch-Abend-Konzert in seiner chronologischen Reihenfolge der Musikstücke. Von Josef Haydn angefangen über Mozart, Beethoven, Schubert, Brahms, Wagner, Johann Strauß, Franz Litz bis zu Richard Strauß, ist uns in kurzen Sätzen eine Fülle höchster und edelster musikalischer Kunstgenüsse geboten, die uns immer wieder von neuem beweißen, welchen vorzüglichen Klangkörper wir in unserm mädernen Wildbader Kurorchester zu erblicken haben und welche edle meisterhafte Dirigierkunst sein in vielen Jahren treubewährter Stadtführer Hermann Schrich besitzt. Ein Schluffkonzert, das die erfolgreiche Tätigkeit von Orchester und Dirigent auch für diese kurzezeit krönen wird.

Heute frisch!

Otto Voss, Niederlage von
Thams & Garfs
Samburger Kaffee-Bager

Süß-Bäcklinge Stb. 25 %
Bismarckheringe
Kollmöpfe
Hering i. Gelee
1 Liter-Dose 70 %
... und 5% Rabatt

Kleine Nachrichten aus aller Welt

Der italienische Kronprinz, der sich eine Woche in Berlin aufhielt, ist am Donnerstag im Flugzeug nach Italien zurückgekehrt.

Ein Rechtsanwalt zu Gefängnis verurteilt. Der 51jährige Rechtsanwalt Rudolf Bürger aus Hohenlimburg wurde heute vom Sondergericht in Dortmund wegen verleumdender Beleidigung von führenden Männern der NSDAP zu 10 Monaten Gefängnis verurteilt.

Kirchenbrand. In Valleyfield (Kanada) ist die katholische Kathedrale durch eine Feuersbrunst völlig zerstört worden. Der Schaden wird auf 80 000 Dollar geschätzt.

Großfeuer bei Landau. In dem pfälzischen Grenzort Schweighofen brach am Donnerstagabend in dem Anwesen eines Landwirts Feuer aus, das auch auf das Nachbargrundstück übergrieff. Zwei Scheunen und ein Wohnhaus wurden ein Raub der Flammen. Das Vieh konnte gerettet werden. Der Gesamtschaden beläuft sich auf ungefähr 50 000 Mark.

Ehrengabe silberner Staatsiegel. Anlässlich der Eröffnung des preussischen Staatsrats überreichte Ministerpräsident Brüning dem Reichskanzler als Ehrengabe silberne Abdrücke von fünf Staatsiegeln aus den verschiedenen Abschnitten der brandenburgisch-preussischen Geschichte.

Geschenk Rothschilds an Oesterreich. Im Zusammenhang mit der Bereinigung der mit der zusammengebrochenen Oesterreichischen Kreditanstalt verbundenen Fragen haben der frühere Leiter der Kreditanstalt Louis Rothschild und sein Bruder Dr. Alfons Rothschild dem Oesterreichischen Staat Ländereien im Umfang von etwa 13 500 Hektar unentgeltlich übereignet. — Bei dem schuldhaften Zusammenbruch der Kreditanstalt sind die leitenden Persönlichkeiten zum Teil sehr glimpflich weggekommen. Bei den in Frage stehenden Ländereien dürfte es sich um die ausgedehnten, inzwischen abgeholzten Eichenwälder handeln, die vor vielen Jahren der kreditbedürftige Oesterreichische Staat den Rothschilds billig überlassen hat.

Gefängnis für Schwarzarbeit. Drei Schleißer in Solingen, Vater und zwei Söhne, haben seit anderthalb Jahren für einen Fabrikanten Heimarbeit verrichtet, daneben aber laufend Wohlfahrtsunterstützung im Gesamtbetrag von 3000

Mark bezogen. Der Fabrikant mußte von der Schwarzarbeit, er hat den Schleißern auch gelegentlich eine Gelegenheitsarbeit bescheinigt, die Angaben über den Umfang der Arbeit waren aber falsch. Erst die Revision der Lohnbücher hätte die Sache auf. Der Fabrikant und einer der Schleißer wurden zu je 3 Wochen Gefängnis verurteilt, die beiden andern Angeklagten zu je einem Monat.

Sendefolge der Stuttgarter Rundfunk AG.

Samstag, 24. September:
 6.15: Hofkonzert. 8.15: Zeitangabe, Wetterbericht, Nachrichten, Sonntags. 8.40: Die Ulmer Mäntelglocken. 8.45: Evangelische Morgenfeier. 9.05: Zwei Tera für Klavier, Violine und Violoncello. 10.10: Katholische Morgenfeier. 11.00: Junghille. 11.30: Bach-Ramata. 12.00: Konzert. 13.00: Kleine Kapsel der Zeit. 13.15: Schallplatten. 14.00: Stunde des Wandwerts. Vorträge: „Vorbereitungen im Hühnerbau“. „Ernten, Sortieren, Verpacken und Aufbewahren des Krenobils“. 14.30: „Fremde Melodien“. 15.00: Hebe- und Jagdlieder. 15.30: Jugendlieder. 16.30: Konzert. 17.30: „Die Söhne von Andros“ (Schwäbische Geschichte). 18.00: Klavier-Sonate F-Moll op. 57 von Beethoven. 18.30: Sportbericht. 18.50: Ein schwäbischer Volksmusikinstrument. 19.30: Blasmusik. 20.00: Sauter Abend. 22.00: Zeitangabe, Nachrichten, Wetterbericht, Sportbericht. 22.45—24.00: Tansmusik.

Montag, 25. September:
 6.00: Zeitangabe, Wetterbericht, Sonntags. 6.30: Sonntags. 7.00: Zeitangabe, Nachrichten, Wetterbericht. 7.10—8.15: Frühkonzert mit Schallplatten. 10.00: Nachrichten. 10.10: „Kleine Stücke lebender Komponisten“. 10.45 bis 11.15: Schallplatten. 11.35: Wetterbericht. 12.00: Konzert. 13.15: Zeitangabe, Nachrichten, Wetterbericht. 13.30: Schallplatten. 14.30: Spanischer Sprachunterricht. 15.00—15.30: Englischer Sprachunterricht für Anfänger. 16.30: Konzert. 17.45: Deutsche Hausmusik. 18.10: Vorträge: Herkömmliche Behandlung des Hausgartens. 18.35: Zeitangabe, Kurmeldungen, Landwirtschaftsnachrichten, Wetterbericht. 19.00: Stunde der Nation: Wo ist Deutschland? 20.00: Johann Brahms, Klavierkonzert, F-Moll, op. 15. 21.00: Erzählung, Kamerad! Die Wertschätzung des alten Frontsoldaten. 21.00: Echter Funkenreiß. 22.00: Zeitangabe, Nachrichten, Wetterbericht, Sportbericht. 22.30—24.00: Rockmusik.

Ämtliche Dienstinrichtungen

Ernannt: Studiendirektor Dr. Wilf an der Mädchenschule in Heidenheim zum Studiendirektor an der Mädchenschule in Tübingen; Oberpostrat Bantel zum Abteilungsleiter und Postrat Grube zum Oberpostrat.

In den Ruhestand versetzt: Stadtpfarrer Faber in Großhau, Def. Warbach, Pfarrer Schaffner in Weiperthshausen, Def. Crailsheim, Pfarrer Wall in Schwieberdingen, Def. Ludwigsburg.

Erledigte Ortsvorsteherstellen: In Althütte Olt. Badnana;

Unterwödingen, Olt. Rellingen; Pfaffenhausen, Olt. Pörsch; Oberelisenbach, Olt. Telling; Ostmettingen, Olt. Balingen; Neuler, Olt. Ellwangen.

Württembergische Staatstheater

Großes Haus: 23. Sept. Auswärtigen-Miete 2. Abteilung. 20. Vorstellung: Der Freischütz (7—10). — 24. Der Vogelhändler (8—11). — 26. Schw. 72: Der Zigeunerbaron (8—11). — 27. E 42: Carmen (7.30—10.30). — 28. B 42: In neuer Inszenierung: Don Pasquale (8—10). — 30. Auswärtigen-Miete 1. Abt. 20. Vorstellung: Der Vogelhändler (8—11). — 1. Okt. Der Freischütz (8—11). — 3. E 42: Don Pasquale (8—10).

Kleines Haus: 24. Sept. In neuer Inszenierung: Die Hermannsschlacht (8—11). — 25. A 43: Der Krampus (8—10.15). 26. E 43: Die Hermannsschlacht (8—10.45). — 28. Schw. 73: Die große Chance (8—10.15). — 29. D 43: Drei einstudiert: Kabale und Liebe (8—10.30). — 30. Der Gwissenswurm (8—10.15). — 1. Okt. Die große Chance (8—10.15). — 2. Zu Hindenburgs Geburtstag: Die Hermannsschlacht (8—10.45). — 3. Schw. 74: Schlageter (8—10.15).

Liederhalle: 1. Okt. 2. Symphoniekonzert (Oeffentliche Hauptprobe) 11—12.45. — 2. Okt. 2. Symphoniekonzert (8—9.45).

Evangelischer Gottesdienst.

15. Sonntag nach dem Dreieinigkeitsfest den 24. Sept. 1933
 8 Uhr Christenlehre (Söhne) Stadtpfarrer Stein.
 9.30 Uhr Predigt (Text: Matth. 18, 1—11; Lied: 59) Stadtpfarrer Stein. — 10.45 Uhr Kindergottesdienst.
 8 Uhr abends Andacht und Gemeindefeststunde (Lied: 33) Stadtpfarrer Stein.

Am nächsten Sonntag (1. Oktober) Ernte- und Herbstfest. Der Beginn des Gottesdienstes wird noch bekannt gegeben. Die Bibelstunde fällt an diesem Tag aus, ebenso die Christenlehre.

Katholischer Gottesdienst.

16. Sonntag nach Pfingsten den 24. September 1933.
 7 und 8 Uhr Frühmesse. — 9 Uhr Predigt und Amt. Nachmittags 2 Uhr Andacht.
 Werktags: 7 Uhr hl. Messe.
 Beacht: Samstag nachmittag von 4 Uhr an, Sonntag in der Früh, Werktags vor der hl. Messe.
 Kommunion: Sonn- und Werktags vor und während der hl. Messe und des Amtes.

Deutscher Hof

Sonntag den 24. September
Wirtschaftsschluß



**Staatlicher Kursaal
 Wildbad**

Sonntag den 24. September 1933
 abends 8.30 Uhr

Herbstkonzert

veranstaltet vom **Staatlichen Kurorchester**
 und dem **M.G.V. Liederkranz Wildbad.**

Orchesterleitung: Staatlicher Musikdirektor Hermann Eschrich.
 Männerchöre: Musikdirektor Erwin Baumann.

Der „Liederkranz“ beehrt sich, hierzu seine verehrlichen Ehren-, passiven und aktiven Mitglieder herzlich einzuladen.

Mitglieder des Vereins haben freien Eintritt.
 Die Eintrittskarten sind am Sonntag an der Abendkasse erhältlich. Die Karten sind nicht übertragbar.



**Krieger- und Militär-
 Verein Wildbad.**

Ehrentag

der schwäbischen Kriegsoffer
 am Sonntag den 22. Oktober 1933 in Stuttgart.

Es ist eine selbstverständliche Pflicht für jeden Kameraden, am Ehrentag unserer Kriegsbeschädigten und Gedenktage unserer gefallenen Kameraden teilzunehmen.

Ich bitte daher um zahlreiche **Anmeldung** bis spätestens heute Samstag, den 23. September beim Schriftführer, Kamerad G. Gutbub, Bergb.-Verw.

Fahrtpreis mit Bahn oder Auto zu außerordentlich ermäßigten Preisen. (Bahn 75% Ermäßigung auf Sonderzüge.)

Der Führer.

Erhaltung der Anwartschaft auf Invaliden- bzw. Angestelltenrente.

Arbeitslose und Krisenunterstützte, sowie die freiwillig Versicherten werden in ihrem eigenen Interesse dringend ermahnt, alles zu tun, um ihre **Rentenanswartschaft** aufrecht zu erhalten und die Quittungskarten jeweils 2 Jahre, die Angestelltenversicherungsarten jeweils 3 Jahre nach ihrer Ausstellung der Ortsbehörde für die Arbeiter- und Angestelltenversicherung zum Umtausch vorzulegen.

Unterzeichnete Behörde ist jederzeit gerne bereit, den in Frage kommenden Personen mit Rat und Tat an die Hand zu gehen.

Wildbad, den 22. September 1933.

Ortsbehörde für die
 Arbeiter- und Angestelltenversicherung.



Freiwillige Feuerwehr Wildbad



Am Sonntag den 24. ds. Mts., morgens 7 Uhr, rückt die ganze Feuerwehr (ohne Musik und Spielleute) zur

Schulübung

aus. **Feuerwehrkommando.**

Sanitätskolonne Wildbad

Sonntag, den 24. September

Übung

Antreten Punkt 7 Uhr morgens am Geräteraum
 Der Kolonnen-Führer

Bestellungen auf:

Anthrazitkohlen
 Anthrazit-Eisformbriketts
 Brechkohls
 Unionbriketts, Nußkohlen

jedes Quantum frei vors Haus
 und in Säcken frei Keller
 nimmt entgegen

Fritz Klotz
 Kohlenhandlung - Telefon 270

Frisches
Rehragout

Ad. Blumenthal
 Telefon 264.

Panoramahotel

Sonntag, den 24. September
Wirtschaftsschluß

Für Brautleute! Hühneraugen

2 prachtvolle Steppdecken,
 2 Deckbetten, 2 Haipfel,
 2 Kissen, blauer Inlett, in-
 danchren, gefüllt mit guten
 Federn, alles neu und un-
 benützt, zum Barpreis von
 110 Mark zu verkaufen.
 Offerten unter R. R. 222
 an die Tagblattgeschäftsstelle.

Jahrgang 1883.

Samstag abend 8 Uhr
 im „Wildbader Hof“
letzte Besprechung
 vor der Fünfzigsterfeier.

Alle Altersgenossinnen und
 Altersgenossen sind hierzu
 eingeladen. Der Ausschuß.

Ein möbliertes heizbar. Zimmer

in ruhiger Lage an soliden
 Dauermieter zu **ver-
 mieten.** Zu erfragen
 in Tagblattgeschäftsstelle.

**Die beste Reklame ist und bleibt
 das Zeitungs-Inserat**

Versuchen Sie's
 doch einmal, Beerenweine nach
 Vorschrift des Oma-Wein-
 buches selbst zu bereiten...
 einfach großartig und... tabel-
 halt billig mit den bewährten

**OMA
 Reinheiten**
 erhältlich in Kulturen von
 50 Pfennig an.
 Oma-Weinbücher umsonst!
**Hefe-Reinzucht-Anstalt
 Dr. A. Ostermayer,
 Pforzheim**
 Verkaufsstelle!
 Eberhard-Drogerie
 Apoth. K. Plappert, Wildbad
 Drog. Albert Barth, Calmbach



Wildbad, 23. September 1933.

Danksagung.

Für die vielen Beweise innigster Anteilnahme, die wir beim
 Heimgang unserer lieben Entschlafenen

Charlotte Maisch geb. Rath

erfahren durften, sagen wir herzlichen Dank.

E. Maisch und Pflgetochter.